

Berlin, 17. Dezember 2025

## **Reaktion auf das ABVprädikat und Experteninterview - Auszüge aus zwei Artikeln des Berliner Tagesspiegel**

Das Statement der ABV zur Einführung des ABVprädikats wurde vom Berliner Tagesspiegel aufgegriffen. In der Online-Ausgabe vom 16. Dezember 2025 schreibt der Autor Simon Schwarz, dass die Arbeitsgemeinschaft Berufsständischer Versorgungseinrichtungen (ABV) ein Siegel für vertrauensvolles Anlegen einführe. ... Ziel der Einführung des Prädikats sei es, „Mitgliedern zu ermöglichen, ihre Professionalität auch nach außen hin zu unterstreichen und somit die Sicherheit und Leistungsfähigkeit des berufsständischen Versorgungssystems stärker sichtbar zu machen“. Die ABV sei in Sorge, dass der Skandal um das Versorgungswerk der Zahnärzt:innen dem Ansehen aller Versorgungswerke schade. Er zitiert aus einer Antwort des ABV-Geschäftsführers Stefan Strunk: „Dieses Prädikat können alle 91 Versorgungswerke beantragen, die nachweislich die Leitplanken der ABV einhalten und somit eine den Regelungen entsprechende Anlagestrategie, ein umfassendes Risikomanagement sowie eine risikominimierende Geschäftsführung eines Versorgungswerks (...) verfolgen“, erklärte er. Hierzu zählen laut Strunk unter anderem ein Asset-Liability-Management (ALM), Stresstests, Compliance-Regelungen, versicherungsmathematische Gutachten und testierte Jahresabschlüsse."

Am 17. Dezember veröffentlichte der Tagesspiegel ein Interview mit dem Professor an der Hochschule für Wirtschaft und Gesellschaft Ludwigshafen, Harald Walz. Darin warnt dieser davor, "Versorgungswerke nach dem Anlagedebakel in Berlin pauschal zu skandalisieren. ... Das ist ein Einzelfall. Und er sollte nicht zu einer pauschalen Schelte der Versorgungswerke führen. Solche – vielleicht auch strafrechtlich relevanten – Vorfälle wie beim Berliner Versorgungswerk der Zahnärzte gibt es auch bei Versicherern und bei Banken. Man sollte den Fall aufklären, aber man sollte sich davor hüten, die Versorgungswerke insgesamt zu skandalisieren."

Allerdings, so lautet die nächste Frage, habe es auch bei den Versorgungswerken der Zahnärzte in Norddeutschland und bei Apothekern in Schleswig-Holstein Verluste gegeben. Professor Walz Antwort: "Ja, aber das sind andere Fälle, die Sie mit dem Berliner Skandal nicht vergleichen können. Versorgungswerke, die langfristig anlegen, hatten vor einigen Jahren mit einem dramatischen Zinsanstieg zu kämpfen. Aus der Minuszinsphase – Bundesanleihen hatten eine Rendite von minus 0,8 Prozent – wurde 2022 plötzlich ein Zinsanstieg auf plus vier Prozent. Das macht auch soliden Anlegern Probleme. Viele Pensionskassen und Versorgungswerke haben das Geld der Versicherten sehr langfristig angelegt, um etwas höhere Zinsen zu bekommen. Und dann sind die Zinsen plötzlich in die Höhe geschossen."

Damit wird in wünschenswerter Deutlichkeit klargerückt, dass die pauschalisierende Dramatisierung einiger Presseberichte, die eine Million Renten in Gefahr sahen, völlig ungerechtfertigt ist.